

Gescheiterte Integration?

Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914

Wie sich Medien bei der Integration (oder Segregation) ethnischer Minderheiten verhalten, ist auch in der Rückschau eine bedeutsame Frage. Früheres Gelingen oder Scheitern des Zusammenlebens erlaubt nicht nur historisches Lernen, sondern vermittelt auch methodische und begriffliche Schärfung heutigen Zugangs. Unser kulturwissenschaftlicher Zugang zur Integration von Arbeitsmigranten vor 100 Jahren fragt danach, welchen Beitrag Medien bei der Verbindung der Teile einer Gesellschaft zu ihrem Ganzen (vgl. Pöttker 2005: 40f.) leisten oder versäumen können.

Das Beispiel der polnischen Einwanderer im Ruhrgebiet ist umso mehr für diese Frage geeignet, als die Ruhrpolen gern, insbesondere von Politikern, als Beleg für gelungene Integration herangezogen werden.¹ Doch taugen die Ruhrpolen zum Beweis erfolgreicher Integrationsgeschichte? Wir wollen uns besonders auf die Frage konzentrieren, welche Rolle Medien, damals fast ausschließlich die Presse, für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen deutscher Mehrheitsbevölkerung und polnischsprachiger Minderheit gespielt haben. Dabei geht es uns darum, wie sich die Medien von Mehrheit und Minderheit der Herausforderung Migration stellen und inwiefern sich Muster finden lassen, anhand derer heutige Medien Orientierung finden können.

1 Fragestellung und Methode

Das Standardwerk über die Ruhrpolen, die Habilitationsschrift des Sozialhistorikers Christoph Kleßmann (1978), hat bereits vor drei Jahrzehnten die Frage nach der Integration der polnischen Minderheit ins Zentrum der Analyse gestellt. Kleßmann nennt neben integrationsfördernden Faktoren wie der deutschen Staatsangehörigkeit der meisten Ruhrpolen, die nicht aus dem Aus-

1 So meinte Bundestagspräsident Norbert Lammert: „Die Integration der vielen polnischen Bergarbeiter ist damals nicht allein durch die Ökonomie gelungen, sondern, ohne großartige staatliche Programme, durch die Kultur – durch die Sprache und gemeinsame religiöse Orientierungen und kulturelle Traditionen“ („Apokalyptische Erfahrungen“ 2006: 191). Auch die Integrationsbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Maria Böhmer, verweist auf Hugenotten und Ruhrpolen als historische Beispiele gelungener Integration (zum Beispiel Böhmer 2006: 212).

land, sondern aus den agrarischen Ostgebieten des damaligen Deutschen Reichs ins Bergbau- und Industrieviertel an der Ruhr eingewandert waren, auch eine Reihe von Umständen und Tendenzen, die desintegrativ gewirkt haben, etwa der durch die Teilung und fehlende Staatlichkeit Polens das ganze 19. Jahrhundert hindurch angeheizte polnische Nationalismus, der auf deutschen Chauvinismus traf. Pointierter als in seiner Habilitationsschrift hat sich Kleßmann später zur Frage des Gelingens oder Misslingens des Integrationsprozesses geäußert. Seine These war dabei, dass die nationale polnische Subkultur im Ruhrgebiet zunächst stabilisierend und langfristig assimilatorisch wirkte (Kleßmann 1984: 487).²

Kann man im Falle der Ruhrpolen wirklich von einem erfolgreichen Integrationsprozess sprechen? Dafür wird die Frage, wie viele der Migranten und ihrer Nachkommen in Deutschland geblieben sind und wie viele nicht, das wichtigste Kriterium sein. Von der Antwort auf diese Frage hängt dann die zweite ab, die auch für die heutige Medienpraxis von hohem Interesse ist: Wenn es sich um einen gelungenen Integrationsprozess handelt, dann können wir nach nachahmenswerten Strukturen und Praktiken in der damaligen Mainstream- und Ethnopresse schauen. Handelt es sich bei den Ruhrpolen dagegen um einen Fall von fehlgeschlagener Integration, dann müssen wir unser Augenmerk auf Strukturen und Praktiken richten, die Medien und Journalismus vermeiden sollten, wenn sie Integration fördern wollen.

Es ist unschwer einzusehen, dass sich unser Begriff einer Integration, durch die kulturelle Verschiedenheiten zwischen den das Ganze der Gesellschaft bildenden Bevölkerungssegmenten nicht angetastet werden, vom Begriff „Assimilation“, der kulturelle Homogenität zur Bedingung von gesellschaftlicher Ganzheit macht, wesentlich unterscheidet. Noch deutlicher wird dieser Unterschied, wenn man den Begriff der „Interkulturellen medialen Integration“ verwendet, den wir speziell auf die Thematik Medien und Migration zugeschnitten haben (vgl. Geißler 2005: 73-76). Diese Begrifflichkeit steht aber nicht nur in Kontrast zum Konzept der Assimilation, sondern auch zu dem der Segregation bzw. zu Vorstellungen, die im Hinblick auf Migranten und ethnische Minderheiten auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verzichten und stattdessen zum Beispiel allein den Begriff der (individuellen oder kulturellen) „Identität“ in den Mittelpunkt stellen. In jedem Integrationsansatz, auch in unserem bewusst nicht auf Homogenität, sondern auf wechselseitiges Wissen und Kommunikation über Verschiedenheit hinweg zielenden Konzept hat die Frage Priorität: Wie ist Gesellschaft möglich? Wir verbinden sie allerdings mit der Idee, dass die Identität des Individuums oder

2 Ähnlich argumentieren Micus/Walter (2006) – eine „Parallelgesellschaft“ trage zur schrittweisen Integration bei.

der Gruppe zu respektieren ist. In diese Betrachtungsweise spielt die Prämisse hinein, dass Gesellschaftlichkeit, die die Identität von Individuen oder Gruppen zerstört, auf die Dauer selbst keinen Bestand haben kann.

Was die Methode betrifft, passt sie sich den Gegenständen der einzelnen Abschnitte an. Im ersten Abschnitt, der Aufschluss geben soll, ob die Integration der Ruhrpolen erfolgreich verlaufen ist oder nicht, analysieren und interpretieren wir bereits vorhandene Daten, Dokumente und Literatur. In den beiden folgenden Abschnitten, die der Berichterstattung der deutschen Lokalpresse sowie der polnischen Ethnopresse nebst deren selektiver Übersetzung durch die deutsche Überwachungsbehörde gewidmet sind, stellen wir Ergebnisse einer eigenen, quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse von historischem Zeitungsmaterial vor. Im letzten Abschnitt schließlich deuten wir diese Analyseergebnisse aus interaktionistischer Perspektive im Hinblick auf den die Ruhrpolen betreffenden Integrationsprozess. Uns geht es dabei nicht um historische Medienkritik, sondern um strukturelle Einsichten, aus denen Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen sind.

2 Polnische Migranten im Ruhrgebiet

Von der Reichsgründung 1871 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 verzehnfachte sich die Menge der im Ruhrgebiet geförderten Steinkohle, während die Belegschaft der Zechen um rund das Siebenfache wuchs. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund brachten im Jahre 1870 52.160 Bergleute 11.813.000 Tonnen Kohle hervor, während es im Jahre 1913 bereits 401.715 Bergarbeiter und Grubenbeamte waren, die 110.765.000 Tonnen förderten. Damit war der Höchststand sowohl des Produktionsumfangs als auch der Produktivität im Ruhrbergbau erreicht, der zwischen 1914 und 1924 nicht wieder erreicht wurde, am wenigsten unmittelbar nach dem Krieg im Jahre 1919, als die Fördermenge rapide auf weniger als 70 Millionen Tonnen der für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Reparationsleistungen dringend benötigten Kohle sank (vgl. Kleßmann 1978: 263f.).

Das Industrialisierungswunder an der Ruhr wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht zwischen 1880 und dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende von Polen aus den vier preußischen Ostprovinzen Posen, Schlesien, Westpreußen und Ostpreußen um besserer Lebenschancen willen ihre Heimat verlassen hätten und ins westfälische Bergbaurevier (ebenfalls preußisch) eingewandert wären. Über 99 Prozent der damaligen polnischen Migranten besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit, sodass für die Identifizierung dieser ethnischen Minderheit neben dem eigenen Geburtsort oder dem der Eltern weiche und

wechselhafte Kriterien wie die Sprache oder die Religion³ herangezogen werden müssen. Keine großen Abweichungen zeigen sich zwischen den Datenangaben der deutschen und der polnischen Literatur, auch weil sich die beiden Standardwerke von Christoph Kleßmann hier, Krystyna Murzynowska (1979) da zum erheblichen Teil auf dieselben Quellen stützen.⁴ Ungeachtet diverser Unschärfen ergibt sich folgendes grobes Bild:

Jahr	Menschen polnischer Abstammung	Polnisch Sprechende (nach Kleßmann 1978)	Polnisch Sprechende (nach Murzynowska 1979)
1870	10		
1880	40		
1890	122	32	36
1900	333	127	143
1910	497	274	304 (preußische Statistik) 406 (Provinzialstatistik)
1912			457

Abbildung 1: Polen aus den deutschen Ostprovinzen im Ruhrgebiet (in Tausend)⁵

Neben der wesentlich höheren Angabe in der Provinzialstatistik zeigt sich hier eine gewisse Tendenz des deutschen Autors, die polnische Bevölkerung im Ruhrgebiet kleiner zu schätzen als die polnische Autorin.

Wenn man die zwischen 1910 und 1914 fortgesetzte Zuwanderungsbewegung berücksichtigt, ist anzunehmen, dass am Vorabend des Ersten Weltkriegs zwischen 450.000 und 550.000 Menschen mit polnischem Migrationshintergrund in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen lebten, davon eine überwältigende Mehrheit im Ruhrgebiet. Als Anhaltspunkt kann man sich etwa eine halbe Million Ruhrpolen am Höhepunkt der Zuwanderung merken, was dem Umfang der jüdischen Minderheit im gesamten Deutschen Reich entsprach.

3 Die polnischen Migranten waren durchgehend katholisch, während die einheimischen Westfalen jeweils zur Hälfte in Protestanten und Katholiken zerfielen. Eine Ausnahme bildete die in sich geschlossene Gruppe der protestantischen, monarchistisch eingestellten Masuren aus Ostpreußen, die etwa ein Drittel der Einwanderer stellte (vgl. Kleßmann 1978: 262).

4 Im Wesentlichen die zentralen statistischen Jahrbücher für den Preußischen Staat einerseits und die verwaltungsinternen Daten der Provinzen Westfalen und Rheinland andererseits, wobei es zwischen offizieller preußischer Statistik und Provinzialstatistik durchaus nennenswerte Abweichungen gibt.

5 Nach Kleßmann (1978: 37, 260) und Murzynowska (1979: 25, 30f.).

Kreise im Ruhrgebiet	1890		1910	
	absolut	%	absolut	%
Recklinghausen Stadt	716	5,1	12.404	23,1
Recklinghausen Land	3.988	5,8	40.847	15,7
Dortmund Stadt	626	0,7	9.722	4,5
Dortmund Land	1.699	2,2	26.024	12,2
Bochum Stadt	1.120	2,4	6.269	4,6
Bochum Land	2.038	2,7	10.834	9,0
Gelsenkirchen Stadt	1.930	6,9	15.065	8,9
Gelsenkirchen Land	7.964	7,1	25.383	17,7
Herne Stadt	2.121	15,2	12.364	21,6
Hamborn Stadt	27	0,6	17.432	17,1
Essen Stadt	211	0,3	3.805	1,3
Essen Land	1887	1,2	17.699	6,4

Abbildung 2: Polnische Bevölkerung (ohne Masuren und Doppelsprachige) in den polenreichsten Kreisen des Ruhrgebiets⁶

Die regionale Verteilung der polnischen Zuwanderung auf das Ruhrgebiet war ungleichmäßig. Das Zentrum der frühesten polnischen Arbeitsmigration in den 1870er-Jahren war Bottrop. Später konzentrierte sich die polnische Bevölkerung auf die Regionen um Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Essen, wobei der Anteil in den jeweiligen Landkreisen erheblich höher lag als in den Städten. Eine Ausnahme davon machte Recklinghausen, wo die Stadt 1910 mit 23,1 Prozent (12.000) den höchsten polnischen Anteil aller Kreise des Ruhrgebiets überhaupt hatte, während der Kreis Recklinghausen Land mit 15,7 Prozent relativ betrachtet darunter lag. Absolut gesehen lebten hier mit 41.000 allerdings mehr Polen als in jedem anderen Kreis des Ruhrgebiets, sodass Recklinghausen eindeutig den Schwerpunkt der polnischen Migranten bildete (vgl. Kleßmann 1978: 267). Die Kreise Recklinghausen Stadt und Land hatten 1910 zusammen 313.869 Einwohner, davon 53.251 Polen, also mehr als jeder sechste.⁷ Und mindestens 10 Prozent der Ruhrpolen lebten kurz vor dem Ersten Weltkrieg in Recklinghausen und Umgebung.

Hinsichtlich der Sozialstruktur der polnischen Minderheit ist bemerkenswert, dass in der Anfangsphase zwar überwiegend unverheiratete junge Männer oder verheiratete Bergleute ohne ihre Familien zuwanderten. Die rasche Zunahme des weiblichen Anteils an der polnischen Bevölkerung im Ruhrgebiet zeigt jedoch, dass viele ihre Bräute oder Familien bald nachziehen ließen

⁶ Nach Kleßmann (1979: 267).

⁷ Eigene Berechnungen nach den Angaben bei Kleßmann (1979: 267).

bzw. sich an Ort und Stelle mit Frauen verheirateten, die aus den Ostprovinzen stammten. 1907 betrug in den großen Städten der Frauenanteil unter den Zugewanderten aus Ostpreußen (Masuren) bereits 84 Prozent der Männer, unter den aus Westpreußen stammenden 68 Prozent und unter den aus Posen gekommenen immerhin 50 Prozent (vgl. Kleßmann 1978: 41). Bis zum Ersten Weltkrieg hatte ein weitgehender Ausgleich des Zahlenverhältnisses von Männern und Frauen unter den Ruhrpolen stattgefunden.

Jahr	Männer	Frauen	Frauen auf 100 Männer
1890	25.539	10.145	39,5
1900	88.745	53.969	60,8
1905	120.266	84.421	70,2
1910	171.892	131.930	76,7

Abbildung 3: Zahlenverhältnis von Männern und Frauen unter den im Ruhrgebiet lebenden Polen⁸

Gleichzeitig stieg der Anteil der im Ruhrgebiet geborenen Polen von knapp 7 Prozent 1890 auf über 32 Prozent 1910 (vgl. Murzynowska 1979: 33), und ähnlich wie bei den eingewanderten ethnischen Minderheiten heute war die Kinderzahl, die bei den Bergarbeitern ohnehin über dem Reichsdurchschnitt lag, bei den Polen und Masuren noch besonders hoch (vgl. Kleßmann 1978: 42).

Aus dem Gesamtbild dieser Daten lässt sich schließen, dass die große Mehrheit der am Vorabend des Ersten Weltkriegs im Ruhrgebiet lebenden Polen ursprünglich nicht beabsichtigt hat, in den von Großgrundbesitz, ländlicher Stagnation, Massenarmut und Germanisierungspolitik (vgl. Broszat 1972: 129-172) geprägten Osten zurückzukehren, sondern in der sich dynamisch entwickelnden Bergbau- und Industrieregion an Rhein und Ruhr ihre Zukunftsperspektive sah. Besonders hoch war die Integrationsbereitschaft bei den Masuren, aber auch die Emigranten aus Posen, Westpreußen und Oberschlesien dürften in großer Mehrheit zu einem Leben im industrialisierten Westen entschlossen gewesen sein.

Die meisten haben diesen Entschluss auch in die Tat umgesetzt, allerdings bei weitem nicht alle dauerhaft im deutschen Industrierevier an Rhein und Ruhr. Folgt man Kleßmann und Murzynowska, die sich dabei auf die offizielle preußische Statistik stützen, sinkt die Zahl der nur oder überwiegend polnischsprechenden Menschen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet bzw. in den Provinzen Rheinland und Westfalen zwischen 1910 und 1925 rapide von

8 Nach Murzynowska (1979: 36).

304.000 auf 82.000 (vgl. Kleßmann 1978: 261), also auf nur noch etwa ein Viertel. Dies kann nicht allein oder im Wesentlichen auf den zwischenzeitlichen Erwerb der deutschen Sprache zurückgeführt werden, denn die Zahl der Zweisprachigen steigt in derselben Zeitspanne lediglich von 25.000 auf 54.000, also um 29.000, während die Zahl der nur polnisch Sprechenden dramatisch von 249.000 auf 15.000, also insgesamt 234.000 oder fast das Zehnfache der Zunahme der Zweisprachigen abstürzt.⁹

Tatsächlich ging die Zahl der im Ruhrgebiet lebenden Menschen mit polnischem Migrationshintergrund bis Mitte der 1920er-Jahre erheblich zurück, wobei exakte Angaben zum Umfang der Rück- und Abwanderungsbewegung aufgrund der Unterschiedlichkeit diverser statistischer Quellen „so gut wie unmöglich“ (Kleßmann 1978: 156) sind. Als wichtigster Grund dafür, dass viele ursprünglich durchaus integrationsbereite Polen das Ruhrgebiet wieder verließen, wird oft die Wiederherstellung des polnischen Staates betrachtet, aus der ein Optionsrecht für Polen deutscher Reichsangehörigkeit über 18 Jahren, die in Deutschland ihren Wohnsitz hatten, resultierte. Die Frist für entsprechende Optionsanträge endete am 10. Januar 1922. Allen Personen, die bis dahin für Polen optiert hatten, stand es frei, innerhalb eines Jahres ihren Wohnsitz nach Polen zu verlegen. Dabei konnten sie ihr gesamtes bewegliches Vermögen zollfrei mitnehmen (vgl. Kleßmann 1978: 156).

Nach übereinstimmenden deutschen und polnischen Schätzungen lebten im Jahre 1921 noch etwa 300.000 bis 400.000 Menschen mit polnischem Migrationshintergrund im Rheinland und in Westfalen.

Die Führung der ruhrpolnischen Organisationen rechnete damit, dass von diesen rund zwei Drittel vom Optionsrecht Gebrauch machen würden. Realistischer beurteilte der Bochumer Polizeidirektor die Situation. Er schätzte die Zahl der Optanten auf 100.000-150.000 (Kleßmann 1978: 157).

Tatsächlich reduzierte sich die Gesamtzahl der Polen im Ruhrgebiet bis 1923 auf ca. 230.000, wie von der polnischen Gesandtschaft geschätzt wurde, und bis 1929 nach Angaben des polnischen Konsulats in Essen auf ca. 150.000, also höchstens ein Drittel der vor dem Ersten Weltkrieg erreichten Zahl.¹⁰ Auch wenn dabei erhebliche statistische Unschärfen in Kauf zu nehmen sind, ist also von einem sehr starken Rückgang der polnischen Bevölkerungsgruppe

9 Eigene Berechnungen nach den Angaben bei Kleßmann (1978: 261).

10 Vgl. Kleßmann (1978: 165). Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, dass die „Kriterien, wer als Pole, wer als Masure gezählt und wer zu Deutschen gerechnet wurde“ (Kleßmann 1978: 165) in den 1920er-Jahren sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite zu verschwimmen beginnen.

infolge Abwanderung auf einen Bruchteil ihrer Stärke vor dem Ersten Weltkrieg im Laufe der 1920er-Jahre auszugehen.

Der Regierungspräsident von Arnsberg beklagte sich Ende 1922 darüber, dass die Abwanderung der Polen mit wirtschaftlichen Problemen für den Ruhrbergbau und Deutschland insgesamt verbunden war, weil das plötzliche Fehlen von Hauern die Kohleförderung nachhaltig negativ beeinflusste (vgl. Kleßmann 1978: 162). Es ist jedoch ein Irrtum, wenn diese Probleme und die sie bewirkende Unwilligkeit vieler Ruhrpolen, in Deutschland zu bleiben, auf eine Rückkehrwelle nach Polen zurückgeführt wird, die durch die Besinnung auf die nationale Identität infolge der Restitution des polnischen Staats hätte motiviert sein können. Denn die durch das Optionsrecht ausgelöste Rückkehrwelle war erheblich niedriger, als sowohl von polnischer als auch von deutscher Seite erwartet worden war. Kleßmanns realistische Abschätzung der verfügbaren statistischen Quellen ergibt eine Größenordnung von 30.000 bis höchstens 40.000 Optanten inklusive Familienmitgliedern für Polen im gesamten Ruhrgebiet.

Diese relativ niedrige Zahl dürfte nicht zuletzt auf die öffentlich von der polnischen Regierung verbreitete Aufforderung zurückzuführen sein, nur diejenigen sollten für Polen optieren, die bis zum 10. Januar 1923 tatsächlich nach Polen zurückkehren wollten, alle übrigen sollten dagegen ihre deutsche Staatsbürgerschaft behalten (Kleßmann 1978: 159).

Im Übrigen hatte die polnische Regierung wenig für die Rückkehr der Optanten getan, sodass die Zahl der tatsächlichen Remigranten noch erheblich unter derjenigen lag, die von ihrem Optionsrecht formal Gebrauch gemacht hatten.

Stattdessen spricht alles dafür, dass der rapide Rückgang der ruhrpolnischen Bevölkerung in den 1920er-Jahren auf die Ab- bzw. Weiterwanderung vieler unzufriedener Bergleute und ihrer Familien nach Lothringen und in andere französische und belgische Grubenreviere, wahrscheinlich in einem kaum abzuschätzenden Umfang aber auch in die USA, zurückzuführen ist (vgl. Abb. 4).

Jahr	Polnische Bevölkerung im Ruhrgebiet	Abwanderung bis dahin	Davon in die polnische Heimat	Davon nach Frankreich, Belgien, USA
1914	500	50	20	30
1921	350	150	80	70
1923	230	270	70	200
1929	150	350	40	310

Abbildung 4: Abwanderung der polnischen Minderheit aus dem Ruhrgebiet in den 1920er-Jahren (in Tausend)¹¹

Nimmt man mit Kleßmann an, dass die Gruppe der in Deutschland bleibenden, hier gut integrierten Ruhrpolen Ende der 1920er-Jahre „nur noch rund ein Drittel des Vorkriegsstandes ausmachte“ (Kleßmann 1978: 193), von den übrigen aber höchstens 40.000 nach Polen zurückkehrten, dann ergibt sich die Schlussfolgerung, dass mindestens die Hälfte, also rund 250.000 Polen, im Laufe der 1920er-Jahre aus dem Ruhrgebiet in andere hoch industrialisierte Länder wie Frankreich, die USA oder Großbritannien, zu einem gewissen Teil möglicherweise auch in andere deutsche Regionen weitergewandert sind.

Fragt man nach den Motiven dafür, ergibt sich ein Bündel von infrage kommenden Faktoren, etwa die Anfang der 1920er-Jahre schlechte gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland, Bergbaukrise und Ruhrbesetzung sowie die Anwerbung durch die französischen Grubensyndikate, die im Dezember 1921 im Schutz der französischen Rheinlandtruppen in Duisburg sogar ein reguläres Werbebüro eingerichtet hatten (vgl. Kleßmann 1978: 162). Allerdings hatte es schon „vor dem Ersten Weltkrieg [...] in den nordfranzösischen Städten Barlin, Lens, Lalange, Dechy und D’Arenberg etwa 12.000 aus dem Ruhrgebiet stammende polnische Bergarbeiter gegeben“ (vgl. Kleßmann 1978: 161), zu einer Zeit der wirtschaftlichen Blüte und ohne die sonstigen, durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg verursachten, schwierigen Bedingungen in Deutschland. Für das Problem der massenweisen Ab- und Weiterwanderung der Ruhrpolen, das die deutsche Wirtschaft unmittelbar tangierte und unter diesem Aspekt auch von den Ministerien und Regierungspräsidenten diskutiert wurde, zumal die qualifizierten polnischen Bergarbeiter kurzfristig nicht ersetzbar waren (vgl. Kleßmann 1978: 152f.), muss es daher noch weitere Gründe geben. Einen entscheidenden Hinweis darauf gibt Kleßmann schon 1978, indem er im Zusammenhang mit den erfolgreichen Anwerbeaktionen der französischen Grubensyndikate im besetzten Ruhrgebiet auf einen „fatalen Zirkelmechanismus“ hinweist:

11 Nach Kleßmann (1978: 161-168).

Die Erfahrung der feindseligen Haltung der deutschen Bevölkerung bestimmte offenbar etliche Polen, dem Werben der Besatzungsmacht nachzugeben, jeder bekannt gewordene Einzelfall verschärfte andererseits das bestehende Misstrauen gegenüber den Polen insgesamt (Kleßmann 1978: 164).

Bei der Frage, wie es zu der feindseligen Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Polen kam, wird man auch untersuchen müssen, ob überhaupt und gegebenenfalls wie die polnische Minderheit in der deutschen Presse schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg dargestellt wurde und wie die eigene Presse der Polen darauf reagiert hat. Das soll im Folgenden geschehen.

Vorher sei jedoch festgehalten, dass man angesichts des offenkundigen Mangels an Bleibebereitschaft bei vielen Ruhrpolen in den 1920er-Jahren hier kaum von einer erfolgreichen Integration sprechen kann. Als gelungener Integrationsprozess stellt sich die Eingliederung der Ruhrpolen in die deutsche Gesellschaft nur dann dar, wenn man sie von heute aus, also aus der *Perspektive der Dagebliebenen*, betrachtet. Zudem war der geschrumpfte Rest der Ruhrpolen, soweit er noch an der polnischen Sprache und anderen kulturellen Identitätsmerkmalen festhielt, unter der NS-Diktatur einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt. „Tatsächlicher und potentieller Terror, aber stellenweise auch die Anziehungskraft der Volksgemeinschaftsideologie trugen dazu bei, den Assimilationsprozess erheblich zu beschleunigen“ (Kleßmann 1978: 194). Man kann also allenfalls von einer am Ende durch Zwang beschleunigten Assimilation einer Minderheit der Ruhrpolen sprechen, während die Mehrheit der Migranten nicht zuletzt aufgrund ihrer mangelnden Integration Deutschland wieder verlassen hat, was für die deutsche Gesellschaft insgesamt vor allem ökonomische, aber auch politische Probleme mit sich gebracht hat. Betrachtet man den Prozess nicht vom Ende, sondern *von Anfang her*, handelt es sich um ein Beispiel für *fehlgeschlagene Integration*, von dem vor allem zu lernen ist, welche Fehler gemacht werden (können), wenn es gilt, Migranten und andere ethnische Minderheiten in eine moderne Gesellschaft einzubeziehen. Als Verantwortliche für solche Fehler kommen im Prinzip alle gesellschaftlichen Institutionen in Betracht, von der Politik über Wirtschaft und Bildung bis zur Kultur. Im Folgenden soll von den *Medien* und ihren typischen Fehlern in Integrationsprozessen am Beispiel der Ruhrpolen vor dem Ersten Weltkrieg die Rede sein.

3 Die Ruhrpolen in der deutschen Lokalpresse

Eine halbwegs systematische Analyse, welches Bild die Presse der deutschen Mehrheitsgesellschaft, insbesondere die Regional- und Lokalzeitungen, von der

polnischen Minderheit gezeigt hat, gibt es bisher nicht. Wenn diese Presse als Quelle für historische Studien über die Ruhrpolen verwendet wird, wie es zum Beispiel Burghardt (2000) getan hat, dann werden lediglich einzelne Artikel zur Illustration bestimmter Aspekte herangezogen, etwa zur Frage der Seelsorge in polnischer Sprache und damit zusammenhängenden Kirchenvorstandswahlen oder Ernennungen von Geistlichen (vgl. Burghardt 2000: 407f).

Für eine systematische Inhaltsanalyse bietet es sich an, die *Recklinghäuser Zeitung* auszuwählen, die in dem uns interessierenden Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg täglich als *Ämtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Recklinghausen* vom Verlag J. Bauer herausgegeben wurde, nachdem sie vom 7. März 1831 bis zum 15. Mai 1895 als *Wochenblatt für den Kreis Recklinghausen* erschienen war. Denn Recklinghausen war die „polenreichste Stadt“ im Ruhrgebiet und hat sich auch selbst so bezeichnet. Wenn also die polnische Minderheit in der Lokalpresse thematisiert worden ist, dann sind Belege dafür vor allem in dieser Zeitung zu erwarten.

Stadt- und Landkreis Recklinghausen hatten 1910 zusammen etwa 314.000 Einwohner. Davon waren 53.000 oder 17 Prozent Polen, die sich in den Siedlungen der Zechen „Clerget“ (Recklinghausen I), „General Blumenthal“ und „König Ludwig“ im Bereich Recklinghausen-Süd ballten, in den der Stadtteil Recklinghausen-Bruch 1904 umbenannt worden war. „Clerget“ und „König Ludwig“ gehörten zu den so genannten „Polenzechen“ mit über 50 Prozent polnischer Belegschaft, an der Spitze lag „König Ludwig“ mit 80 bis 85 Prozent, während auf „General Blumenthal“ etwa ein Drittel aus dem Osten zugezogene Bergleute beschäftigt waren (vgl. Burghardt 2000: 403-405).

Genaue Zahlen zur damaligen Auflage der *Recklinghäuser Zeitung* liegen nicht vor. Einer Eigenanzeige vom November 1912 zufolge hatte sie zu diesem Zeitpunkt notariell geprüfte 12.516 Abonnenten (vgl. *Recklinghäuser Zeitung*, 16.11.1912). Vermutlich wird der Anteil polnischer Leser gering gewesen sein, da die Zuwanderer über eine eigene Presse in polnischer Sprache verfügten. Laut der Eigenanzeige gab es in den Polenbezirken Recklinghausen-Süd und „König Ludwig“ nur geringen Postbezug der Zeitung. Zieht man den Polenanteil an der Gesamtbevölkerung von Stadt und Land Recklinghausen ab und berücksichtigt die damals erheblich höhere Zahl von Personen pro Haushalt, wird die *Recklinghäuser Zeitung*, die sich selbst als das verbreitetste Blatt der Region bezeichnete, von mindestens einem Drittel, höchstens der Hälfte der etwa 250.000 Menschen umfassenden deutschen Bevölkerung Recklinghausens mehr oder weniger regelmäßig und intensiv gelesen worden sein. Für das Wissen der einheimischen Mehrheit über die polnischen Migranten und für ihre Einstellungen zu dieser ethnischen Minderheit, und das heißt für die Qualität des hier infrage stehenden interkulturellen Integrationsprozesses, kommt der Berichterstattung dieses Blattes also eine erhebliche Bedeutung zu.



Der Entschluss zu einer systematischen Inhaltsanalyse mag obsolet gewesen sein. Denn der erste und wichtigste Eindruck ist, dass die polnische Minderheit, obwohl sie doch fast 20 Prozent der Menschen in der Region ausmacht, über die berichtet wird, im umfangreichen Lokalteil der *Recklinghäuser Zeitung* kaum explizit vorkommt. Im durchaus vorhandenen, in manchen Ausgaben

¹² Im Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, einer der größten deutschen Zeitungssammlungen, waren die Jahrgänge um 1900 dieser durchaus exemplarischen und insofern bedeutenden Lokalzeitung des rheinisch-westfälischen Industriereviere bisher nicht archiviert. Dankenswerterweise hat das Medienhaus Bauer uns seine Mikrofilme zur Verfügung gestellt.

geradezu opulenten redaktionellen Lokalteil „Stadt- u. Landkreis Recklinghausen“ wurde nach expliziten Erwähnungen der polnischen Minderheit gesucht, ohne fündig zu werden, wenn man nicht das gelegentliche Auftauchen slawischer Namen¹³ in Meldungen über Unglücks- und Kriminalfälle dazu zählen will. Eine das Persönlichkeitsrecht schützende berufsethische Regel, nach der in solchen Fällen nicht identifizierend berichtet werden soll, hat es in der journalistischen Kultur damals offenbar noch nicht gegeben. Am 19. Januar heißt es zum Beispiel im Lokalteil:

Waltrop, achtzehnter Jan. Auf der Zeche Waltrop verunglückte gestern bei seinen Berufsarbeiten der Bergmann Karl Zicharski. Er erlitt einen Beinbruch und mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Eine explizite Thematisierung von Problemen oder auch nur der Anwesenheit der polnischen Minderheit dagegen findet nirgends statt, auch nicht dort, wo sie aufgrund von Gegenstand oder Ort der Berichterstattung zu erwarten wäre. Kein Wort beispielsweise über den ökonomischen Hintergrund der Arbeitsmigration. Und anstatt Probleme des Zusammenlebens offen anzusprechen, werden diese zwischen den Zeilen versteckt. Durch die bloße Erwähnung des Namens wurden den Lesern Schlüsse über die Ruhrpolen nahegelegt, wie in folgendem Bericht (18. Februar 1913):

Recklinghausen Süd, 18. Febr. Seit Wochen fiel es einigen Hühnerbesitzern an der Farnstraße sehr auf, daß ihre Hühner trotz warmen Ställen und guter Fütterung, bester Pflege und milder Witterung nur wenig Eier legten. Obwohl die Tiere sehr lebhaft gackerten, in der Regel ein Zeichen fleißigen Eierlegens, hatte man beim Durchsuchen der Ställe selten den erwarteten Erfolg. Gestern klärte sich plötzlich diese dunkle Angelegenheit auf. Als der Bergmann Karl Gläser gestern mittag in seinem Stalle nachsehen wollte, wieviel Eier seine Hühner gelegt hatten, traf er den Eiermarder in Gestalt des schulpflichtigen Riaseczky, Farnstraße 19 wohnend, bei frischer Tat. Er hatte das frisch gelegte Ei in der Hand, ließ es aber fallen und wollte dann durch die mit einem Lattengerüst versehene Tür ins Freie dringen, woran ihn aber Gläser hinderte. Als man nun den Uebeltäter fragte, wie er in den Stall komme und was er da wolle, gab er prompt zu Antwort, er habe sich verstecken wollen, andere Jungen wollten ihn verhauen. Nach und nach erst bequeme er sich, einzugestehen,

13 Eine ergänzende Vollerhebung des ersten Quartals 1913 der *Recklinghäuser Zeitung*, für die wir Sarah Hubrich danken, hat ergeben, dass von 183 Meldungen mit vermutlichem Polenbezug dieser in 167 Fällen nur aus slawischen Namen abzuleiten ist, das Wort „polnisch“ also Seltenheitswert hat.

daß er schon mehrmals Eier aus dem Stalle geholt habe, auch habe er schon Eier von der Mühle bei Pötter geholt, wobei er denn noch einige Mittäter nannte. – Man braucht sich nicht sehr über die Verschlagenheit und Verlogenheit dieser Lümmel zu wundern, wenn man sieht, daß sie sich bis 9 und 10 Uhr abends, Zigaretten rauchend und allerlei Unfug treibend, in den Straßen herumtreiben. Die größte Schuld trifft die Eltern, und sie werden sich ihrer Verantwortlichkeit wieder besser bewußt werden, da Anzeige erstattet und Strafantrag gestellt wurde.

Dem zeitgenössischen Leser wurde selbst überlassen, welche Ressentiments er aus dieser Art von Erfüllung der journalistischen Chronistenpflicht zu ziehen hatte. Dass in Artikeln über den besonders polenreichen Ortsteil Recklinghausen-Süd soziale Themen, etwa die Einrichtung eines Kinderheims (RZ, 03.04.1912) oder die Freigabe eines Feuerwehrrübungsplatzes für Sportaktivitäten „an Sonntagnachmittagen für den katholischen Jünglingsverein“ (RZ, 03.04.1912), ohne explizite Nennung der Migranten aufgegriffen wurden, so dass das kundige Publikum den ethnischen Hintergrund nur ahnen konnte, haben wir so häufig gefunden, dass die Interpretation als mehr oder weniger bewusste redaktionelle Tabuisierung sich aufdrängt.

Kenntlich für das Publikum werden die Migranten vor allem dort, wo es unvermeidlich ist, nämlich in den „Zivilstands-Nachrichten“ der Standesämter und der umfangreichen und offiziösen Berichterstattung über Stadtverordnetensitzungen und Gremienwahlen, bei denen die Polen mit eigenen Listen antraten. So gibt das Standesamt Recklinghausen-Süd am 03.04.1912 folgende Geburten bekannt:

E i n S o h n: Eisenbahnwerkstättenarbeiter Andreas Zalcsinski, Bergm. Wilhelm Jentoch, Bergm. Aegidius Lurzsak, Bergm. Adalbert Kowalzewski, Bergm. Johann Matcia, Bergm. Johann Madry, Buchhändler Stanislaus Starkiewicz;

E i n e T o c h t e r: Bergm. Vinz. Garca, Holzarbeiter Johann Jancyk, Eisenbahnarbeiter Peter Reckhemke, Anstreicher Rudolf Kieszlich, Bergm. Joh. Machinski, Schlosser Wilhelm Koch, Bergm. Josef Giezek, Bergm. Joh. Elsner, Bergm. Franz Szudra, Bergm. Franz Stachorski, Bergm. Andreas Bartkiewicz.

Die amtliche Mitteilung vermittelt einen zutreffenden Eindruck von der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in diesem Ortsteil, während die journalistische Lokalberichterstattung ihn vermissen lässt. Die andere Variante ist die Erwähnung polnischer Organisationen in Mitteilungen über Wahlergeb-

nisse. In einem zitierenden Bericht über eine öffentliche Stadtverordneten-sitzung war zu lesen:

Am sechsten und siebten Dezember vorigen Jahres fanden die Neuwahlen sämtlicher Beisitzer der Kammer Ost-Recklinghausen des Berggewerbegerichts statt. Die Wahlbeteiligung bei den Arbeitern betrug rund 50 Prozent. Von den gewählten Arbeitern gehören fünf dem Verbands Deutscher Bergarbeiter, drei der Polnischen Vereinigung und eins dem Verbands christlicher Bergarbeiter an. Von den früheren Arbeiterbeisitzern ist keiner wiedergewählt worden (RZ, 03.04.1912).

Das ist dann aber auch alles. Zur Nichtthematisierung der polnischen Ethnizität im Lokalteil gehörte, dass diese wie oben erwähnt in der Berichterstattung über Straftaten und Unfälle nur durch Namensnennung in Erscheinung trat. Eine explizite ethnische Kennzeichnung von Tätern oder Tatverdächtigen fand in aller Regel nicht statt. Die Richtlinie 12.1 des heute geltenden Pressekodex, die Journalisten grundsätzlich verbietet, die Zugehörigkeit von Kriminellen zu Minderheiten zu erwähnen, um Diskriminierungen vorzubeugen, wäre nach unserem Eindruck damals nicht nötig gewesen, sie wurde wegen der allgemeinen Tabuisierung des Themas polnische Migration ohnehin befolgt. Darin mag man sogar ein integrationsförderndes Moment sehen, wobei allerdings fraglich bleibt, ob nicht die Leser aufgrund des örtlichen oder sachlichen Zusammenhangs von berichteten Straftaten bewusst oder unbewusst assoziative Vermutungen hatten, die auch unzutreffend gewesen sein können. Aus diesem Grund ist auch heute noch gegenüber einer Antidiskriminierungsregel, die bestimmte Formulierungen kontextunabhängig ausschließt und dem Journalisten keinen Verantwortungsspielraum lässt, Skepsis angebracht.¹⁴

Wo durch Namensnennung polnische Ethnizität zu vermuten ist, fällt den Genannten in der Berichterstattung ganz überwiegend die Rolle von Tätern oder Beschuldigten zu, hier für das erste Quartal 1913 (vgl. Abb. 6):

14 Vgl. die Beiträge von Mohr/Bader/Wicking, Müller und Pöttker in diesem Band.

Art des Berichts (Rolle)	Anzahl	Anteil
Gerichtsbericht (Beschuldigter)	35	19,1%
Gerichtsbericht (Geschädigter)	3	1,6%
Polizeibericht (Beschuldigter)	45	24,6%
Polizeibericht (Geschädigter)	19	10,4%
Unfallbericht (Verletzter)	61	33,3%
sonstige	20	10,9%
Summe	183	100,0%

Abbildung 6: Slawische Namen (vermutliche Polen) in der *Recklinghäuser Zeitung* vom 01.01.-31.03.1913

Um dies als endgültigen Nachweis einer negativen Stereotypisierung betrachten zu können, wären allerdings Vergleiche mit der sozialen Realität (wie groß war der Anteil der polnischen Minderheit an der tatsächlichen Kriminalität?) und mit den entsprechenden Rollen von Trägern deutscher Namen in der Berichterstattung notwendig.

Da um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit dem Aufkommen von Film und Kino sowie der drucktechnischen Tauglichkeit der Fotografie ein Medienumbruch stattfand, der auf eine zunehmende Visualisierung öffentlicher Informations- und Unterhaltungsangebote hinauslief, haben wir nicht nur Texte gelesen, sondern uns auch die optische Gestaltung der *Recklinghäuser Zeitung* angeschaut. Vielleicht kamen die polnischen Migranten hier vor? Fotografien gab es 1912 in der *Recklinghäuser Zeitung* noch nicht, aber in allen Ressorts, vor allem der internationalen Politik, mit dem auch schon damals eine deutsche Lokalzeitung wie die *Recklinghäuser* meistens aufmachte, zahlreiche Zeichnungen und Karten. In den 24 Ausgaben¹⁵ des zufällig ausgewählten künstlichen Monats 1912 haben wir insgesamt 109 solche Illustrationen gefunden, durchschnittlich 4,5 pro Ausgabe. Keine davon befasst sich in irgendeiner Weise auch nur entfernt mit dem Thema polnische Migration, obwohl das angesichts zahlreicher gezeichneter Personenporträts und Kartenübersichten durchaus möglich gewesen wäre. Die Nichtthematisierung im Text setzt sich also in der leicht fasslichen Optik fort. Allenfalls bei den Anzeigen Dritter finden sich gelegentlich groß gedruckte polnische oder jedenfalls slawisch klingende Firmennamen, aber das gehört nicht zur Wahrnehmung der ethnischen Minderheiten durch den damaligen Lokaljournalismus der Mehrheit, sondern zur öffentlichen Selbstpräsentation der Minderheit. Wenn jemand die Tabuisierung der zugewanderten ethnischen Minderheit in der lokalen Öffentlichkeit der Mehrheitsgesellschaft durchbricht, dann sind es nicht Journalisten, sondern

15 Die *Recklinghäuser Zeitung* erschien sechsmal in der Woche.

es sind Behörden, politische Institutionen und ein Teil der Migranten selbst, der sich aus ökonomischem Interesse ein Stück Öffentlichkeit kauft.

Für die Frage, ob den polnischen Migranten jenseits ihrer generellen Tabuisierung in der Lokalpresse der deutschen Mehrheit nicht doch Attribute zugeschrieben wurden, was eine Grundlage für Stereotypen bilden kann, muss man sich angesichts der Tabula rasa der Alltagsberichterstattung nach besonderen Ereignissen umsehen, bei denen die Thematisierung der Polen sich kaum vermeiden ließ. Solche Ereignisse waren zum Beispiel die so genannten „Herner Krawalle“ vom Juni 1899, bei denen polnische Bergarbeiter erstmals als besondere Gruppe auftraten, weil jugendliche Ungelernte besonders von einer Erhöhung der Beiträge für die Knappschaft betroffen waren (vgl. Kleßmann 1978: 75), oder die Bergarbeiterstreiks von 1889, 1905 und 1912. Bereits 1889, in einer frühen Phase der Migration, als sich ein polnischer Nationalismus unter den mit positiven Lebenshoffnungen gekommenen, weitgehend unpolitischen Zuwanderern aus den Ostprovinzen noch kaum herausgebildet hatte, berichtete die zu dieser Zeit noch als *Wochenblatt für den Kreis Recklinghausen* betitelte Zeitung in einem die polnische Minderheit diffamierenden und gegen sie aufhetzenden Ton, der auch damit zu tun haben mag, dass hier polnische Klassenkämpfer und deutsche Streikbrecher von der Zeitung gegenübergestellt wurden:

Bottrop, achter Mai. In der Nähe des neuen Schachtes von Zeche „Prosper“ hat gestern Nachmittag eine großartige Prügelei zwischen Bergarbeitern stattgefunden. Etwa zwanzig in der hiesigen Gegend eingesessene Bergleute, welche angefahren waren und von der Schicht zurückkehrten, wurden von den in der Nähe der Zeche herumlungern den polnischen Arbeitern, deren Zahl bis über achtzig answoll, angegriffen. Eine vollständige Schlacht entwickelte sich, als die Deutschen sich auf ein in der Nähe gelegenes Gehöft zurückzogen, wo sie sich mit Heugabeln, Schüppen und Spaten bewaffneten und die Polen in die Flucht schlugen. An bedeutenden Verletzungen hat es dabei nicht gefehlt und wurde auch den einschreitenden Gendarmen thätlich Widerstand geleistet, sodaß eine größere Zahl von Tumultuanten mit Hülfe des Militärs festgenommen werde mußte (RZ, 11.05.1889).

Zwei Tage später wird diese Berichterstattung mit ähnlichem Inhalt und in ähnlichem Ton fortgesetzt:

Bottrop, zwölfter Mai. Eine Anzahl deutscher Bergleute wurde von einer großen Menge polnischer Arbeitscollegen auf der Landstraße überfallen und mit Knütteln hart bearbeitet. Die Polen waren ergrimmt, dass ihre Collegen sich nicht sofort am Streike betheiligt hat-

ten. Einer der Angreifer namens Bernatzi erhielt einen Revolverschuß in den Rücken, doch ist die Wunde nicht lebensgefährlich. Ein in der Nähe des Thatortes wohnender Landmann feuerte mehrere Flintenschüsse ab, um das Militär aufmerksam zu machen (RZ, 13.05.1889).

Dass ein Deutscher einem Polen in den Rücken geschossen hat und nicht umgekehrt, geht im ethnozentrischen Wortgetümmel hier schon fast unter. Man muss sich daran erinnern, dass alle Beteiligten, auch die streikbereiten polnischen Bergleute, die die Zechen wegen des Arbeitskräftemangels angeworben hatten, deutsche Staatsbürger waren. Bemerkenswert ist diese frühe Zuschreibung von Gewaltbereitschaft an die zugewanderte Minderheit in der Lokalpresse vor allem deswegen, weil deren Attribuierung bei den „Herner Krawallen“ zehn Jahre später erweitert wurde zur Warnung nun auch der überregionalen und nationalen Presse, zum Beispiel der konservativen, alldeutschen *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, vor einer Überfremdung und Bedrohung der deutschen Ordnung durch die angeblich zu Streik und Kriminalität neigenden polnischen Zuwanderer (vgl. Kleßmann 1978: 75-82). Kleßmann (1978: 79) dazu:

In ähnlicher Manier wie bei Streiks und Unruhen war ein Teil der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere alldeutsche Kreise, geneigt, in der Entwicklung der Kriminalitätsstatistik im Industrieviertel einen Beleg für die ‚polnische Gefahr‘ zu sehen und den Slawen einen biologischen Hang zum Verbrechen anzulasten. Auch hier wurde [...] kaum nach den tiefer liegenden Ursachen bestimmter Kriminalitätsentwicklungen gefragt. Seit Ende der 80er Jahre war ein deutliches Ansteigen der Kriminalität in Rheinland-Westfalen offenkundig.

Überregionale und nationale Zeitungen konnten es sich leisten, die polnische Migration ins Ruhrgebiet als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu behandeln und von der jeweiligen Position aus zu kommentieren, weil sie ohnehin parteiliche Gesinnungsblätter mit einem auf politische Sympathisanten reduzierten Publikum waren. Eine Lokalzeitung wie die *Recklinghäuser Zeitung* konnte das schon damals nicht, weil sie aus ökonomischen Gründen darauf aus sein musste, das ganze Publikum mit allen Schichten und politischen Positionen in ihrem Einzugsbereich zu erreichen. Dies wird nicht der unwichtigste Grund für die Tabuisierung des konfliktgeladenen Themas in der Lokalberichterstattung gewesen sein. Am Anfang haben Zeitungen wie die *Recklinghäuser* durch die Verbreitung von Ressentiments aber auch Keime für die späteren Konflikte gelegt, was auch mit der Unbedarftheit ihrer damals noch kaum ausgebildeten journalistischen Mitarbeiter zu tun gehabt haben kann.

Es ist wohl erst das Zusammenwirken von *abstrakter Stereotypisierung* der polnischen Minderheit durch eine an den Herrschaftsdiskurs gebundene politische Presse einerseits und *Ignoranz gegenüber dem Alltag* dieser Minderheit und damit deren Ausschluss von den konkreten Erfahrungsmöglichkeiten der Deutschen auf Seiten der Lokalpresse andererseits, die den Anteil der Mehrheitsmedien an einem *kulturellen Klima der gegenseitigen Verdächtigung und Ablehnung* ausgemacht hat, an dem die Integration gescheitert ist. Doch betrachten wir vor einem Fazit zunächst die Medien der polnischen Minderheit sowie deren Wahrnehmung durch die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft.

4 Die Presse der Ruhrpolen und die deutschen Kontrollbehörden

Den ins Ruhrgebiet eingewanderten Polen deutscher Nationalität stand ein umfangreiches Angebot polnischsprachiger Zeitungen zur Verfügung, also das, was wir heute bei Türken, russischsprachigen oder anderen Migrantengruppen „Ethnomedien“ nennen (vgl. Müller 2005). Zwar erschienen die meisten dieser Blätter in den vier von Polen bewohnten Ostprovinzen,¹⁶ das in Rheinland-Westfalen am meisten gelesene unter ihnen war die *Gazeta grudziądzka* aus Graudenz, die 1911 allein im Oberpostamtsbezirk Dortmund über 5000 Abonnenten hatte. Die höhere Auflage der von Ruhrpolen gelesenen polnischen Zeitungen entfiel jedoch auf Blätter, die im Ruhrgebiet selbst erschienen. Das älteste und wichtigste unter ihnen war der *Wiarus Polski* (wahlweise zu übersetzen als „Polnischer Rechtgläubiger“, „– Landmann“, „– Getreuer“ oder sogar „– Kämpfer“), der bereits 1891 auf Anregung des polnischen Episkopats von dem westpreußischen Geistlichen Dr. Franciszek Liss gegründet worden war, um die ländlichen Auswanderer vor den modernen Einflüssen der industriellen Großstädte, vor allem der Sozialdemokratie, zu schützen (vgl. Abb. 7). Seit 1893 wurde der *Wiarus* durch Jahrzehnte von seinem Eigentümer Johannes Brejski geleitet und geprägt, der aus dem anfangs politisch harmlosen religiösen Blättchen zielstrebig ein radikales nationalpolnisches Organ machte, das seinen Einfluss unter den zunächst politisch noch weitgehend gleichgültigen polnischen Bergarbeitern auszubreiten suchte (vgl. Kleßmann 1974).

16 1911 wurden im Oberpostamtsbezirk Dortmund insgesamt 63 polnische Blätter aus dem Osten abonniert, von denen in den drei Bezirken Dortmund, Münster und Düsseldorf zusammengekommen 21.211 Exemplare zugestellt wurden.

Abbildung 7: Kopf des *Wiarus Polskei*

Jan Brejski und sein Bruder Anton, zeitweilig leitender Redakteur des *Wiarus Polski*, spielten auch bei der politischen Organisation der Migranten im 1894 gegründeten „Polenbund“ und weiteren ethnischen Interessenverbänden und Gewerkschaften eine entscheidende Rolle. Sie haben die Zeitung nach dem Muster der damals in Deutschland vorherrschenden Gesinnungspresse eng mit diesen Organisationen verbunden. Kleßmann (1974) bezeichnet sie daher als „Zentralorgan und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet“. Der *Wiarus* wurde in Bochum redigiert, gedruckt und vertrieben und hatte 1911 eine Auflage von etwa 9000, die fast ausschließlich an Abonnenten ging. Sein wichtigster Konkurrent war der 1909 von den ehemaligen *Wiarus*-Mitarbeitern Kwiatkowski und Pankowski in Herne gegründete *Narodowiec* („Der Nationale“), der wie der *Wiarus* anfangs dreimal in der Woche, später täglich erschien, ebenfalls extrem nationalpolnisch ausgerichtet war und 1911 eine Auflage von 3000 erreichte, von denen 2700 abonniert waren (vgl. Kleßmann 1974: 390 und 1978: 280). Daneben erschienen im Ruhrgebiet noch streng katholische Blätter wie der *Tygodnik Maryjański* („Marianisches Wochenblatt“) und gewerkschaftliche Zeitungen wie *Głos Górnika* („Stimme des Bergmanns“), die aber nur wöchentlich oder zweimal im Monat herauskamen und für Mitglieder der jeweiligen Vereinigung teilweise unentgeltlich waren. Bemerkenswert ist die Schwäche der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Richtung unter den im Ruhrgebiet erscheinenden polnischen Zeitungen wie unter den dort arbeitenden Bergleuten.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hat die Gesamtauflage der in der rheinisch-westfälischen Industrieregion von polnischen Kommunikatoren für polnische Rezipienten in polnischer Sprache herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften zwischen 50.000 und 70.000 Exemplaren betragen. Das ist bezogen auf die polnische Gesamtpopulation von etwa einer halben Million zwar

eine geringere Zeitungsdichte als zum Beispiel in der deutschen Bevölkerung heute, wo auf etwa drei Einwohner ein Zeitungsexemplar kommt. Aber es ist auch nicht wenig, wenn man bedenkt, dass es sich um eine ursprünglich ländlich geprägte Bevölkerungsgruppe mit relativ niedrigem Bildungsniveau handelte und dass es nahezu an die gegenwärtige Zeitungsdichte in Ländern wie Frankreich oder Belgien herankommt. Offenbar gab es innerhalb der ethnischen Minderheit der Ruhrpolen das Bedürfnis, untereinander in der Muttersprache und auch sonst auf vertraute Weise zu kommunizieren, was sicherlich zur Verstärkung einer kulturell definierten Gruppenidentität beigetragen hat.

Dass es dabei nicht nur um den Gebrauch der Muttersprache, sondern auch um die Spezifik der kommunizierten Inhalte und die Möglichkeit ging, sich mit den Kommunikatoren zu identifizieren, zeigt der relative Misserfolg von Versuchen deutscher Verleger, den Migranten eine Presse in polnischer Sprache anzubieten. 1903 versuchte das der katholische Dortmunder Zeitungsverleger der *Tremonia* und Zentrumsabgeordnete Lambert Lensing mit dem Ziel, „ein Gegengewicht gegen den ‚Wiarus‘ zu bilden und die bei der Reichstagswahl von 1903 abgebrochenen Beziehungen zwischen Zentrum und Polen wiederherzustellen“ (Kleßmann 1978: 107), indem er das Wochenblatt *Przewodnik na obczyźnie* („Führer in der Fremde“) herausgab.

Obwohl das Blatt zeitweilig 2000 Abonnenten gewann, auch direkte Unterstützung durch den deutschen Klerus im Ruhrgebiet erhielt und sogar der Kultusminister den Verkauf des Blattes an einen Posener Verleger zu verhindern suchte, mußte es wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten eingestellt werden (Kleßmann 1978: 107f.).

Wirtschaftliche Schwierigkeiten sind in der Publizistik meist auf kommunikative Defizite zurückzuführen. Nicht anders erging es dem 1904 ebenfalls in Dortmund gegründeten *Dziennik Polski*, der sogar von einem ehemaligen Redakteur der Posener Zeitung *Kurjer Poznański* herausgegeben und von polnischen Geistlichen unterstützt wurde, die doppelte Frontstellung gegen den zentrumsfreundlichen „Führer in der Fremde“ und den nationalpolnischen *Wiarus* aber nicht lange durchhalten konnte und zwei Jahre später wieder eingestellt wurde (vgl. Kleßmann 1978: 108).

Zeitung	Erscheinungsort	Erscheinungsweise	Tendenz	Auflage	Abos
Im Ruhrgebiet					
<i>Wiarus Polski</i>	Bochum	täglich	radikal national-polnisch	9.000	8.500
<i>Tygodnik Maryański</i>	Bochum	wöchentlich	religiös	5.000	4.500
<i>Głos Górnika</i>	Bochum	2x im Monat	gewerkschaftlich-nationalpolnisch	30.000	
<i>Gazeta Górnicza</i>	Bochum	wöchentlich	gewerkschaftlich-sozialdem.	3.000	
<i>Narodowiec</i>	Herne	täglich	radikal national-polnisch	3.500	2.700
Aus dem Osten					
<i>Gazeta Grudziądzka</i>	Graudenz				5.200
<i>Postęp</i>	Posen				400
<i>Katolicki</i>	Posen				500
<i>Sokół</i>	Posen				1.000
Summe der Abos					21.200

Abbildung 8: Größere polnische Zeitungen („Ethnopresse“) im Ruhrgebiet (1911)¹⁷

Wie überlegen die schon etablierte, radikalpolnische Presse solchen aus parteipolitischen Gründen um Ausgleich zwischen Deutschen und Polen bemühten Spätgründungen war, zeigt sich am *Wiarus Polski* und seinem Imitat *Narodowiec*, die nicht nur den Ersten Weltkrieg überdauerten, sondern sogar in den 1920er-Jahren der Masse der ins nordfranzösisch-belgische Industrieviertel weiterwandernden Polen folgten. Der *Wiarus* kam in Lille als Wochenzeitung für polnische Bergarbeiter mit einer Unterbrechung durch die deutsche Besetzung von 1923 bis 1961 heraus (vgl. Kleßmann 1974: 397), der „Nationale“ zog 1924 nach Lens und ist dort noch Ende der 1970er-Jahre erschienen (vgl. Kleßmann 1978: 108).

Dass die beiden wichtigsten polnischen Zeitungen nach Jahrzehnten ihres Erscheinens in Bochum und Herne ihrem nach Frankreich und Belgien abwanderndem Publikum hinterhergezogen sind und dort weitere vier bis sechs Jahrzehnte ihre Leserschaft finden konnten, ist im Übrigen ein weiterer Beleg für das enorme Ausmaß der Sekundärmigration von Ruhrpolen in den 1920er-Jahren, das seinerseits das Scheitern des Integrationsprozesses in Deutschland anzeigt.¹⁸ Wenn so viele Migranten ein Aufnahmeland nicht etwa in Richtung

17 Nach Kleßmann (1978: 280-282).

18 Untersuchungen zur medialen Integration der Polen in Frankreich unter Berücksichtigung der polnischen Presse dort würden unser Projekt sinnvoll ergänzen.

der Heimat, sondern in Richtung einer weiteren Fremde wieder verlassen, dass ihre Zeitungen ihnen folgen (müssen), lässt sich von einem Hineinwachsen der Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft gewiss nicht sprechen. Zur Integration der Ruhrpolen haben ihre Ethno-Blätter nicht beigetragen. Sie haben nämlich so ziemlich gegen alles publizistisch gekämpft, was interkulturelle Integration ausmacht, bei der nachfolgende freiwillige Assimilation nicht ausgeschlossen ist: das Erlernen der deutschen Sprache, Einkaufen in deutschen Geschäften, Mischehen insbesondere zwischen polnischen Männern und deutschen Frauen, Abonnements und Lektüre deutscher Zeitungen, mit einem Wort: die verschiedenen Formen interkultureller Kontakte und Kommunikation zwischen polnischer Minderheit und deutscher Mehrheit im Alltag. Besonders im katholischen *Wiarus Polski* schwingen dabei auch aggressive Töne gegenüber einer anderen ethnischen Minderheit, den Juden, mit. So heißt es am 01.10.1912 in einer von sieben Männern mit polnischen Familiennamen aus Castrop unterzeichneten Erklärung, die der *Wiarus* veröffentlicht hat:

Es wird uns zum Vorwurf gemacht, daß in unsern Häusern statt einer polnischen Zeitung, deutsche ‚General-Anzeiger‘ zu finden seien. Wir haben der Redaktion des ‚Viarus Polski‘ durch Quittungen den Beweis erbracht, daß wir polnische Zeitungen abonnieren. Wenn die Landsleute ein Mitglied unsers Vereins kennen, das eine deutsche Zeitung abonniert, so mögen Sie uns dessen Namen nennen. Wir werden dann dafür sorgen, dass auch dieses Mitglied polnische Zeitungen abonniert. Es ist unser Bestreben, jedes Mitglied unsers Vereins zu einem tüchtigen Polen zu erziehen. [...] Ihr habt den polnischen Handel verteidigt und am Tage aus voller Kehle geschrien: Ein Jeder zu den Seinigen, abends aber die ‚Importhäuser‘ besucht und die Juden, zum Beispiel Arnheim und Löwenstein in Herne, mit eurem Gelde unterstützt, obwohl wir in Castrop ein großes polnisches Kurzwarengeschäft haben. Wenn man euch nach den Gründen dieser Handlungsweise fragte, so habt ihr euch damit ausgedrückt, daß man beim Juden die Ware billiger kaufen könne (Der Polizei-Präsident 1912: 383).

Und im *Narodowiec* konnten die Abonnenten am 04.10.1912 in einem Bericht über ein Fest des „St.-Michael-Vereins“ in Ickern lesen:

Es wurde geklagt, dass noch viele unserer Brüder in feindlichen Vereinen umherirren und auch polenfresserische Zeitungen abonnieren. Die Landsleute lesen diese Zeitungen sowieso nicht, sie abonnieren sie nur deshalb, weil sie wenig aufgeklärt sind oder weil die Agitatoren den Landsleuten deutsche Blätter mit Gewalt in die Hand drücken. Tun wir es auch so, drücken wir polnische Zeitungen unseren Lands-

leuten in die Hand, und wir werden Wandel schaffen. Hat schon jemand von uns einmal einen Deutschen gesehen, der polnische Zeitungen liest oder diese unterstützt? Sicherlich nicht! Sehen wir, teure Landsleute! Dies sollte für uns ein Vorbild und eine Lehre sein. Entfernt, liebe Brüder und liebe Schwestern, die ekelhaften Blätter aus euren Häusern. Die Deutschen vertreiben uns nicht nur von unsern Häusern, nein, sie rotten aus unseren Herzen alles aus, was uns heilig und teuer ist. Laßt uns daher als treue Söhne des Vaterlandes auf dem Posten stehen. Mögen deutsche Blätter keinen Zutritt zu unsern polnischen Häusern haben, mögen sie unsere Jugend nicht vergiften (Der Polizei-Präsident 1912: 384).

Am 12.06.1913 erschien im *Wiarius Polski* ein nahezu blasphemischer Text unter dem Titel „Zehn Gebote für Polen“, der den Migranten unter anderem befahl:

Ich bin Polen, dein Vaterland [...]. Du sollst kein anderes Vaterland haben neben mir. [...] Beschmutze nicht die Muttersprache durch Anwendung fremder Worte und Redensarten, denn die polnische Sprache ist reich wie keine andere auf der Welt. [...] Du sollst mir meine Kinder nicht stehlen [...]. Verbiete ihnen, untereinander deutsch zu sprechen und sprich niemals selbst mit ihnen deutsch. [...] Du sollst nicht begehren ein Weib fremder Nationalität, sondern dich nur mit einer Polin verheiraten (zit. nach Kleßmann 1974: 394-396).

Im Übrigen ist den polnischen Zeitungen im Ruhrgebiet zu entnehmen, dass es auch schon vor dem Ersten Weltkrieg eine Weiterwanderung der Polen nach Lothringen gab. Am 09.10.1912 veröffentlichte der *Wiarius Polski* unter der Überschrift „Die Polen in Frankreich“ folgende Warnung:

Sehr viele Polen, besonders aus Oberschlesien, verlassen die Heimat und reisen ohne vorherige Information nach Frankreich ab. Selbstverständlich fallen sie dort meist einem traurigen Los zum Opfer, da die französischen Zechen nur Arbeiter aus Rheinland und Westfalen einstellen. Der Arbeitsverdienst ist nicht besser als in Westfalen. Es ist uns hier [in Frankreich] einzig die Gewissensfreiheit garantiert, das heißt daß wir einen polnischen Lehrer, eine polnische Lehrerin und einen eigenen Seelsorger haben. Auch den Vereinen ist jegliche Freiheit gewährt. Die Sokolturner dürfen sogar auf dem Markt üben. Die Arbeit ist hier nicht so gesundheitsschädlich, weil die Kohlen gasfrei sind. Dagegen ist der Arbeitsverdienst hier schwankend (Der Polizei-Präsident 1912: 388).

Interessant daran ist nicht nur der sich abzeichnende Interessengegensatz zwischen Ruhrpolen einerseits und der polnischen Bevölkerung in den heimatischen Ostgebieten andererseits. Aufschlussreich ist auch, dass sich die Abwanderung nach Lothringen offenbar nicht auf bessere Verdienstmöglichkeiten dort zurückführen lässt, sondern auf größere kulturelle Freiheiten wie Schulunterricht und Seelsorge in polnischer Sprache oder Entfaltungsfreiheit für polnische Vereine. Die zitierte Stelle ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Wanderung der Migranten nach Frankreich und das Scheitern des Integrationsprozesses nicht zuletzt mit dem kulturellen Anpassungsdruck zusammenhängen, dem die Polen in Deutschland ausgesetzt waren.

Bereits an den oben zitierten Stellen wird deutlich, dass der integrationshemmende polnisch-katholische Nationalismus, dessen sich die erfolgreichsten Ethnomedien der Ruhrpolen befleißigten, zumindest auch eine Reaktion auf die Germanisierungspolitik der deutschen Seite war, die mit dem Begriff des „Hakatismus“ etikettiert wurde. Das Wort ist abgeleitet von den Namen der Vorsitzenden des „Ostmarkenvereins“ Hansemann, Kennemann und Tiedemann und war eine verbreitete Chiffre für die auch vom „Alddeutschen Verband“ und vielen deutschen Behörden, Parteien und Presseorganen verfolgten Bemühungen, die kulturelle Besonderheit der Polen im Osten des Deutschen Reichs wie im Ruhrgebiet durch obrigkeitliche Maßnahmen zu unterdrücken und auf die Dauer zu beseitigen.

Der wichtigste, fast idealtypische Vertreter des Hakatismus für das Ruhrgebiet war der seit 1889 amtierende Oberpräsident der Provinz Westfalen, Heinrich Konrad von Studt, der vorher eine Verwaltungslaufbahn in den Ostprovinzen absolviert hatte und von 1899 bis 1907 preußischer Kultusminister war. Von Studt legte am 31.10.1896, also zu einer Zeit, als der polnische Nationalismus als politische Bewegung sich unter den Ruhrpolen noch kaum entfaltet hatte, eine Denkschrift vor, in der das Programm des Hakatismus in aller Deutlichkeit formuliert wurde (zit. nach Kleßmann 1978: 84):

Scharfe Überwachung der Agitation und Vereinsthätigkeit, Fernhaltung nationalpolnischer Geistlicher, Beschränkung des Gebrauchs der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen, ausschließlich deutsche Schulbildung, das werden die Mittel sein, mit denen das Polenthum im Westen der Monarchie [...] der Germanisierung zugeführt wird.

Ein wichtiges Presseorgan, das hakatistische Positionen vertrat, war die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, deren Herausgeber Theodor Reismann-Grone Mitbegründer und führendes Mitglied des „Alddeutschen Verbandes“ war. Aber auch bei sozialdemokratischen Blättern fehlte es nicht an antipolnischen Tö-

nen. Am 23.04.1907 zitierte der *Wiarus Polski* unter dem Titel „Das wahre Antlitz der Sozialdemokraten“ aus dem *Bochumer Volksblatt* einen Artikel, der gleichzeitig die Konkurrenz zwischen einheimischen und eingewanderten Bergarbeitern um Arbeitsplätze und Löhne als materiellen Hintergrund antipolnischer Äußerungen von sozialdemokratischer Seite erkennbar macht. Der *Wiarus* gab folgende Sätze aus dem *Volksblatt* wieder (zit. nach Kleßmann 1974: 393):

Wir kennen Leute, die man im Jahre 1899 aus der Polakei hergeschleppt hat, die die deutsche Sprache kaum konnten und die doch nach wenigen Monaten als Vollhauer beschäftigt wurden, während die Einheimischen jahrelang als Schlepper und Lehrhauer arbeiten mußten. Erst als es sich allzu oft wiederholte, daß Leute, die erst vor kurzem die Mistgabel, ihr bisheriges Handwerksgerät, fortgelegt hatten, zu Vollhauern gemacht wurden, erließ die Bergbehörde die Vorschrift, nach der in Stellen, die eine gewisse Verantwortung tragen, nur solche Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die die deutsche Sprache beherrschen.

Das Zitieren der Gegenseite, um die integrationshemmende eigene Position zu begründen, beherrschten freilich nicht nur die polnischen Zeitungen im Ruhrgebiet. Vor allem befließigten sich deutsche Behörden dieser Methode, um den nationalpolnischen Kulturseparatismus zu kontrollieren und seine Gefährlichkeit für das deutsche Gemeinwesen nachzuweisen.¹⁹ Schon seit 1897 übersetzte das Regierungspräsidium Arnsberg Artikel aus dem *Wiarus Polski* und ließ diese Übersetzungen in ca. 100 Exemplaren drucken, um sie an lokale Verwaltungs- und Polizeidienststellen, Kirchengemeinden usw. zur Information zu versenden. Seit 1907 wurde diese Übersetzungspraxis auf andere ruhrpolnische Blätter erweitert und 1909 von der in diesem Jahr gegründeten Bochumer „Zentralstelle für Überwachung der Polenbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ übernommen. Diese Übersetzungen aus westfälischen und anderen polnischen Zeitungen wurden nun in einer Auflage von 170 Exemplaren gedruckt und regelmäßig wöchentlich an 110 Dienststellen verschickt (vgl. Kleßmann 178: 86f.). Ihr geheimdienstlich anmutender Zweck bestand vor allem darin, eine Überwachung der polnischen Vereinstätigkeit durch frühzeitige Bekanntgabe von Veranstaltungsankündigungen zu ermöglichen.

19 Für die Öffentlichkeit waren die diversen Auflagen des *Polenspiegels* gedacht, in Buchform wurden „reichsfeindliche“ Äußerungen der polnischen Ethnopresse systematisch zusammengestellt (zum Beispiel Wagner/Vosberg 1908).

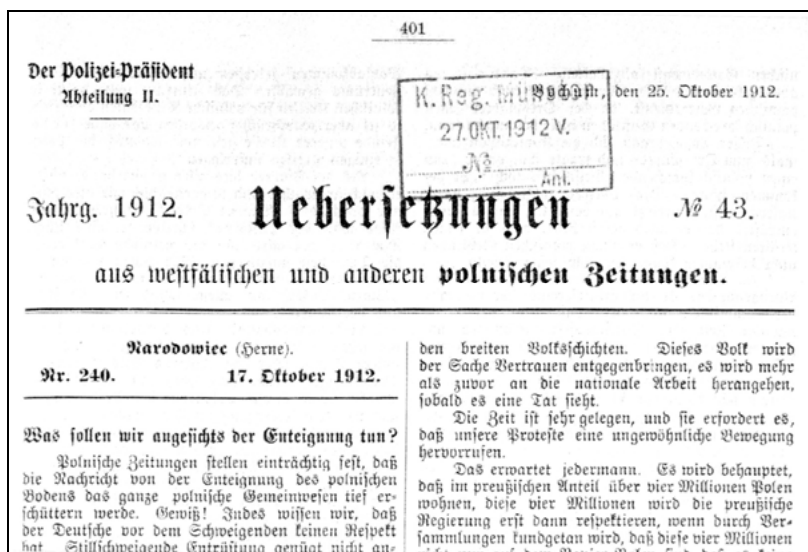


Abbildung 9: Kopf der *Übersetzungen aus westfälischen und anderen polnischen Zeitungen*

Von Anfang an enthielten die Übersetzungen aber nicht nur Vereinsnachrichten, sondern daneben auch Artikel aus der ruhrpolnischen Presse, die geeignet waren, deutschen Verwaltungsbeamten, Politikern, Geistlichen usw. vor Augen zu führen, wie separatistisch und gefährlich die polnische Minderheit mit ihren Vereinen und Zeitungen für die Mehrheitsgesellschaft war. Über der Nummer eins der Übersetzungen vom 4. Januar 1898 prangte der aus dem *Wiarus Polski* ins Deutsche übersetzte Leitspruch: „Polnische Eltern! Lehret eure Kinder polnisch sprechen, lesen und schreiben! Der ist kein Pole, wer seinen Nachkommen deutsch zu werden erlaubt.“

Es ist nicht ohne methodische Pikanterie, dass bisher alle Aussagen über die Ethnopresse der Ruhrpolen von deutschen Wissenschaftlern – den Standardautor Christoph Kleßmann, aber auch uns selbst nicht ausgenommen –, auf diesen Übersetzungen deutscher Kontrollbehörden beruhen. Vermutlich sind die Übersetzungen nicht gefälscht, obwohl auch das nicht völlig ausgeschlossen ist. Die nötige Skepsis betrifft aber weniger die philologische Richtigkeit der Übersetzungen als die Auswahl der übersetzten Texte. Es ist durchaus möglich, dass der Eindruck einer stark ausgeprägten nationalpolnischen Tendenz in den erfolgreichen Zeitungen *Wiarus Polski* und *Narodowice* sich abschwächen würde, wenn man statt der aus hakatistischer Perspektive selektiv vorgenommenen deutschen Übersetzungen die polnischen Originale zugrundelegte. Hier bleibt noch einiges an interkultureller inhaltsanalytischer Arbeit zu erledigen.

5 Fazit: Die Presse im Prozess des Scheiterns der Integration

Wenn, wie oben gezeigt, die Integration der Ruhrpolen vom Anfang her betrachtet als gescheitert gelten muss, ist nun zu fragen, ob unser Einblick in die Presse der Mehrheit wie der ethnischen Minderheit am Vorabend des Ersten Weltkriegs Erklärungen dafür liefert, warum so viele polnische Migranten der deutschen Aufnahmegesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg wieder den Rücken gekehrt haben, teilweise in Richtung alte Heimat, zum größten Teil aber in Richtung Nordamerika und vor allem Frankreich und Belgien. Für dieses Phänomen der sekundären Abwanderung gegen die Interessen der Aufnahmegesellschaft liefert die Betrachtung der damaligen Medien durchaus plausible Gründe. Denn die Presse der deutschen Mehrheit wie der ethnischen Minderheit zeigt, dass sich die polnischen Migranten inmitten der damaligen Deutschen nicht wohlfühlen konnten, weil ihre besondere kulturelle, an der slawischen Muttersprache, dem katholischen Bekenntnis und der nationalpolnischen Vergangenheit festgemachte Identität in der Mehrheitskultur nicht akzeptiert bzw. kaum wahrgenommen wurde. Die Unzufriedenheit, die viele von ihnen zum Weiterwandern bewegte, hatte offensichtlich weniger mit Einkommensmöglichkeiten und materiellen Verhältnissen zu tun als damit, dass ihre mitgebrachte kulturelle Praxis in der neuen Umgebung als illegitim galt und nach Kräften erschwert und behindert wurde. Im Falle der Ruhrpolen vor dem Ersten Weltkrieg wurde die kulturelle Differenz zwischen Mehrheit und Minderheit einerseits von Lokalblättern wie der *Recklinghäuser Zeitung* ignoriert, andererseits wurde der Minderheit das Recht, die eigene Kultur zu praktizieren, ausdrücklich von politischen Parteien, Behörden und überregionaler Presse bestritten. Beides läuft im Grunde auf dasselbe hinaus, nämlich Missachtung der kollektiven Identität der Minderheit, die in aller Regel zu Gegenreaktionen führt. Diese werden an der Presse der polnischen Minderheit deutlich: Indem sie zum Festhalten an der von außen für illegitim erklärten kulturellen Identität aufruft, deutet sie die Ignoranz der Mehrheitskultur als fremden Angriff auf das Eigene und verstärkt so die kommunikative Barriere zwischen Minderheit und Mehrheit.

Dass diese Barriere und die aus ihr folgende Entfremdung der Minderheit, die zum Scheitern der Integration führte, aus *Wechselwirkungen* zwischen den Handlungsweisen der Mehrheit und der Minderheit hervorgegangen ist, steht außer Frage. Schon 1909 erkannte der Zentrumspolitiker und spätere Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns: „Die nationalpolnische Bewegung im Westen Deutschlands [...] ist nichts weiter als eine Reaktion gegen den Hakatismus im Osten. Dem, der die Entwicklung selbst miterlebt hat, ist das über allen Zweifel erhaben“ (Brauns 1909: 935). Und die hakatistischen Aktivitäten des „Ostmarkenvereins“, des „Alldeutschen Verbands“ und der ihnen nahestehenden

Presse, die sich nicht nur gegen die nationalpolnischen Bestrebungen in den Ostprovinzen, sondern auch im Ruhrgebiet richteten, definierten und legiti- mierten sich ja ausdrücklich als notwendige Antworten auf separatistische Be- strebungen, die angeblich die Gesellschaft zu zersetzen drohten.

Fraglich ist allenfalls, was zuerst da war, der Assimilationsdruck der Mehr- heitsgesellschaft auf die Ruhrpolen oder deren nationalpolnischer Separatis- mus. Bemerkenswert ist hier zunächst der in der Literatur einhellig geteilte Be- fund, dass es im ersten Jahrzehnt der Einwanderung aus dem Osten ins rheinisch-westfälische Industrierevier keinen politischen Nationalismus unter den polnischen Migranten gab. Anzeichen für organisierte nationalpolnische Bestrebungen zeigen sich erst in den 1890er-Jahren, etwa gleichzeitig mit dem Beginn der Überwachung der ruhrpolnischen Ethnopresse durch deutsche Behörden und der verschärfte Bodenpolitik in den preußischen Ostpro- vinzen. Die Frage nach dem Beginn des Schismas zwischen Mehrheit und Minderheit und damit nach der historischen Schuld am Scheitern des Integra- tionsprozesses ähnelt der Frage, was zuerst da war, die Henne oder das Ei? Zu berücksichtigen ist dabei auch das durch die Teilungen Polens, endgültig durch die Reichsgründung 1871 belastete Verhältnis der Nachbarvölker zueinander.

Das gilt für die politische Ebene. Wenn man davon ausgeht, dass soziale Verhältnisse nicht (allein) auf Entscheidungen und Maßnahmen Herrschender zurückgehen, sondern Ablagerungen von Interaktions- und Kommunikations- prozessen sind, an denen sich mindestens zwei wechselseitig aufeinander bezo- gene Akteursseiten beteiligen, dann ist die Frage nach der historischen Schuld insofern obsolet, als ja alle handelnden Seiten an der Entstehung der Verhält- nisse beteiligt waren. Sie müssen sich daher auch alle der Frage nach ihrer Ver- antwortung stellen. Daran, dass die Integration der Ruhrpolen großteils ge- scheitert ist, war sowohl die gegenüber der ethnischen Minderheit ignorante deutsche (Lokal-)Presse wie die *Recklinghäuser Zeitung* beteiligt als auch einfluss- reiche nationalpolnische Ethno-Blätter wie der *Wiarus Polski*.

Im Sinne interkultureller Integration hätte die deutsche Lokalpresse das Polentum im Ruhrgebiet mindestens redaktionell zur Kenntnis nehmen müs- sen, um die Mehrheit über deren besondere Lebensweise zu informieren und so ihre aus (konfliktreicher) öffentlicher Kommunikation hervorgehende Ak- zeptanz vorzubereiten. Für die polnische Ethnopresse wäre es im Interesse interkultureller Integration wichtig gewesen, ihren Lesern den Sinn für die deutsche Mehrheitskultur aufzuschließen, anstatt sich vor ihr abweisend zu verschließen. Beides ist aufgrund der negativ eskalierenden Interaktion zwi- schen Mehrheit und Minderheit nicht geschehen, interkulturelle Integration wurde in diesem Fall durch die Medien eher unterbunden als gefördert. Wobei es zweifelhaft ist, ob diese im Zeitalter des gesteigerten Nationalismus über-

haupt möglich gewesen wäre – deutsche wie polnische Journalisten haben sich kaum von den herrschenden Ideologien lösen können.

Bleibt die Frage, was Medien hinsichtlich ihres möglichen Beitrags zu Prozessen der interkulturellen Integration aus dem Negativ-Beispiel der Ruhrpolen lernen können. Möglicherweise sind Zweifel an der Verallgemeinerungsfähigkeit des Beispiels angebracht, denn die seit über einem Jahrhundert andauernde staatliche Nichtexistenz Polens war ein fruchtbarer Nährboden für einen separatistischen Nationalismus in der Minderheit, der in anderen Fällen weniger günstige Bedingungen findet. Andererseits hält dieser historische Hintergrund aber auch integrationsfördernde Faktoren wie die deutsche Staatsbürgerschaft der zugewanderten Minderheit bereit. Da sowohl integrationshemmende als auch integrationsfördernde Sonderfaktoren feststellbar sind, kann wohl doch eine gewisse Verallgemeinerungsfähigkeit des Polen-Beispiels angenommen werden.

Jedenfalls zeigt das Beispiel der weitgehend fehlgeschlagenen Integration der Ruhrpolen zweierlei, aus dem Medien lernen können. Erstens: Es trägt nicht zur Integration bei, wenn Medien eingewanderte Minderheiten und deren ethnische Differenz zur Mehrheitskultur *nicht zur Kenntnis nehmen*; vielmehr fördert es interkulturelle Integration, wenn Journalisten ihren Auftrag zu umfassender Berichterstattung ernst nehmen und auch über den Alltag ethnischer Minderheiten zutreffend und sorgfältig recherchiert berichten. Und zweitens: Es ist interkultureller Integration abträglich, wenn Ethnomedien aus Sorge um die Bewahrung der kulturellen Identität der Minderheit *nur die ablehnende Seite der Mehrheitskultur wahrnehmen* und ihr Publikum daran hindern wollen, mit der Mehrheitskultur in Kontakt und Kommunikation zu treten. Auch Journalisten von Ethnomedien tragen zur Integration bei, wenn sie die journalistische Aufgabe ernst nehmen, Transparenz aller ihr Publikum betreffenden Verhältnisse herzustellen.²⁰ Mit dem Prinzip Öffentlichkeit vertragen sich weder Stereotypisierung noch Tabuisierung.

Literatur

„Apokalyptische Erfahrungen“ (2006). Bundestagspräsident Norbert Lamert, 57, über den Stellenwert des Deutschen in Europa, die Leitkulturdebatte und die Bedeutung der Sprache für die Integration von Ausländern. In: *Der Spiegel*/H. 40/2006, S. 190f.

20 Vgl. die Beiträge von Müller, Javadian Namin und Fick in diesem Band.

- Böhmer, Maria (2006): Integration aus bundespolitischer Sicht: Herausforderungen und Leitlinien. In: *Der Bürger im Staat*. Jg. 56, H. 4. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 210-214.
- Brauns, Heinrich (1909): Die Arbeiterfrage im Ruhrrevier. In: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik*, Bd. 29, S. 931-942.
- Broszat, Martin (1972): *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. Frankfurt a.M.
- Burghardt, Werner (2000): „Die polnischen Arbeiter sind fleißig und haben einen ausgeprägten Erwerbsinn“. Zur Geschichte polnischer Bergarbeiter in Recklinghausen 1884-1924. In: Bresser, Klaus/Thüer, Christoph (Hrsg.): *Recklinghausen im Industriezeitalter*. Recklinghausen, S. 401-423.
- Der Polizei-Präsident, Abt. II. (Hrsg.) (1912): *Uebersetzungen aus westfälischen und anderen polnischen Zeitungen*. Jg. 1912, H. 41, 11.10.1912.
- Geißler, Rainer (2005): Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie*. Bielefeld, S. 71-79.
- Kleßmann, Christoph (1984): Integration und Subkultur nationaler Minderheiten: das Beispiel der „Ruhrpolen“ 1870-1939. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.): *Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. Bd. 2. Ostfildern, S. 486-505.
- Kleßmann, Christoph (1978): *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*. Göttingen.
- Kleßmann, Christoph (1974): Der „Wiarus Polski“ – Zentralorgan und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet 1891-1923. In: *Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark*, Bd. 69, S. 383-397.
- Micus, Matthias/Walter, Franz (2006): Mangelt es an „Parallelgesellschaften“? In: *Zuwanderung und Integration. Der Bürger im Staat*. Jg. 56, H. 4. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 215-221.
- Müller, Daniel (2005): Die Inhalte der Ethnomedien unter dem Gesichtspunkt der Integration. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie*. Bielefeld, S. 323-355.

- Murzynowska, Krystyna (1979): Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880-1914. Dortmund.
- Pöttker, Horst (2005): Soziale Integration. Ein Schlüsselbegriff für die Forschung über Medien und ethnische Minderheiten. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 25-43.
- Wagner, Franz/Vosberg, Fritz (Hrsg.) (1908): Polenspiegel. Die Umtriebe der Polen nach ihrer eigenen Presse. 3. und 4. völlig umgearbeitete Auflage der „Polenstimmen“. Hrsg. im Auftrag des Deutschen Ostmarkenvereins. Berlin.